

Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2016/2017

Der Zukunftsvertrag prägt den Haushalt der Stadt Hildesheim. Und das wird bis 2024 auch so bleiben.

Zumindest bis dahin sollten wir Überschüsse statt Defizite produzieren:

Für den Doppelhaushalt 16/17 könnte dies erreichbar sein – wenn und wie eine Verhandlungslösung in Sachen Großstadtstatus gelingt. Anderenfalls bekommt die Stadt zwar eine Genehmigung (lt. Ausnahmeregelung im Zukunftsvertrag), aber schon heute neue Defizite. Für danach erscheint die Situation noch düsterer, allerdings auf Basis vielfältiger Spekulationen bei Zinsentwicklung + Wirtschaftliche Stabilität = Steuereinnahmen + Bevölkerungswachstum + Höhe Kreisumlage.

Auch die Entwicklung der „freiwillige Leistungen“ spielt weiterhin eine gewichtige Rolle:

Und da ist festzustellen: Schon für 2016 reißen wir die Obergrenze im Zukunftsvertrag von 11 Mio. €.

Größte Posten bei den „Freiwilligen“ sind - trotz Einsparungen im Rahmen des Zukunftsvertrags - die kulturellen Leuchttürme v. a. Theater, Museum und Musikschule (>50%). Durchaus zurecht - Hildesheim bietet hier einiges. Dies hat auch das Jubiläumsjahr gezeigt und es gilt diese Erfahrungen ggf. regional vernetzt weiterzuentwickeln (Kulturentwicklungsplan).

Was aber gar nicht geht ist ein Einstieg in das Projekt Europäische Kulturhauptstadt (so wünschenswert das auch wäre), Verwaltung und Politik ringen um jeden Cent z. B. bei Gemeinwesenarbeit und setzen dann einen Prozess in Gang der erfahrungsgemäß 100.000 Euro kostet. => Dies ist finanzpolitisch völlig unglaubwürdig!

Gerade die CDU erinnere ich gern an die Millionen für die EXPO 2000 in Hildesheim („Weltkulturstadt“ war das Ziel) - Ergebnis: Kaum Nachhaltigkeit, aber ein Baustein für das Schuldendesaster wenige Jahre später!

Was gehen muss, sind 25.000 Euro für die freie Kulturszene, diese leistet viel (Stadtjubiläum!) und steht bei 2% der freiwilligen Leistungen. Und was auch geht sind keine weiteren Kürzungen beim Marketing (lt. Zukunftsvertrag - 100.000 €) um die Arbeitsfähigkeit zu erhalten, hier besteht Hoffnung auf eine mittelfristige Entlastung durch eine Tourismusabgabe.

Das heißt: Die finanziellen Spielräume sind weiterhin eng, gleichzeitig steht die Stadt vor vielfältigen Pflichtaufgaben in Sachen demographischer Wandel, Integration und Inklusion, Sanierungsstau, Energiewende und mehr!

Damit verbunden ergeben sich für 2016+17 Investitionsnotwendigkeiten i. H. v. 63 Mio. €, die zu einer Nettoneuverschuldung von jeweils über 11 Mio. € führen. Und das trotz Finanzvertrag und Kommunalem Investitionsprogramm.

Das geht beim Land nur durch, wenn die „dauerhafte Leistungsfähigkeit“ im Finanzhaushalt gegeben ist! Bleibt die Hoffnung, dass das Innenministerium dies aktuell noch so sieht. Mit 1,6 Mio. € weniger für den Übergang Kaiserstraße, der sich im Vergleich in einem guten Zustand befindet, hat Rot-Grün hoffentlich einen kleinen Beitrag dazu geleistet.

Und trotz des hohen Investitionsbetrags ist nicht alles sofort machbar. Priorität haben Investitionen in Energiesparmaßnahmen und Instandhaltung an weiterführenden Schulen. Andere wichtige Maßnahmen wie das Kita-Sanierungsprogramm und Straßensanierungsprojekte mussten leider verschoben werden. Eine weitere Prioritätensetzung bleibt unverzichtbar. Dazu gehört dann ggf. auch eine Sanierung des Weges an der Innerste, keinesfalls kann dies aber allein in der Entscheidung eines Fachbereichsleiters liegen.

Im Übrigen steigt der Handlungsdruck am Wohnungsmarkt, hier ist eine Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus ggf. mit ergänzendem städt. Förderprogramm unverzichtbar – siehe rot-grüner Prüfauftrag. In diesem Zusammenhang steht auch unsere Hoffnung auf Fortsetzung des erfolgreichen Hildesheimer Konzeptes zur betreuten, dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen

Weitere politische Akzente setzen wir als rot-grüne Mehrheitsgruppe mit den vorliegenden Änderungsanträgen zur Gemeinwesenarbeit Nordstadt, zum Hortmittagessen, zum Ersatz von Spielgeräten, zur Radwegeunterhaltung, zur Naturbelassung von Waldflächen u.a.

Und dabei handeln wir -gleich den letzten Jahren- mindestens strikt haushaltsneutral (inkl. Freiwilliger Leistungen): Sparen im IT-Bereich, bei Organisationsgutachten, bei der Wasserrutsche im Jo-Bad oder einem Mehr bei der Verkehrsaufsicht. Da liegt die Kritik der Verwaltung völlig daneben.

Darüber hinaus stellen wir Prüfaufträge, um weitere Konsolidierungspotentiale zu erkennen bei Reinigung, Betreuung, Stadtmuseum, Tourismusabgabe.

Zusammengefasst: Rat und Verwaltung haben in den letzten Jahren bewiesen, dass der Zukunftsvertrag ohne Kahlschlag, nachhaltig und sozial ausgewogen bewältigt werden kann (Erfolg aller Beteiligten!).

Ich hoffe, das bleibt so.